



## **Jahresrück- und Ausblick 2022 / 2023**

---

### **In jeder Schwierigkeit liegt die Möglichkeit (Albert Einstein)**

---

Die Unternehmen standen 2022 am Limit: Energienot, Rezessionsangst, Politikfrust – und wer hätte gedacht, dass wir uns in Europa überhaupt noch einmal einer kriegerischen Auseinandersetzung gegenübersehen. Überall mussten die multiplen Bedrohungsszenarien gemanagt werden, also Corona, Lieferengpässe, Materialmangel, stark gestiegene Preise bei Vorprodukten, Frachtkosten, Rohstoffen und vor allem bei den Energiekosten. Immer wieder rieb man sich die Augen und erwachte in neuen Welten. Alte Erfolgsmodelle scheinen nicht mehr zu tragen, neue Konzeptionen, seien sie politisch oder wirtschaftlich motiviert, lösen eher Zukunftsängste als Zukunftseuphorie aus. Manche sind im Erschöpfungszustand, sind müde und manchmal auch desillusioniert. Bei anderen war die Situation auch ein Stück weit surreal: Auf der einen Seite exzellente Auftragseingänge, auf der anderen Seite aber die weltweiten Probleme der gestörten Lieferketten und der dramatisch zunehmende Mangel nicht nur an Fachkräften, sondern an Arbeitskräften überhaupt. So berichten mittlerweile über 75 % der Betriebe branchenübergreifend über erhebliche Engpässe beim Personal mit der fatalen Folge, dass Aufträge verspätet abgearbeitet oder teilweise sogar überhaupt erst gar nicht angenommen werden konnten. Immer mehr Unternehmen mussten auf Rücklagen zurückgreifen, um das Geschäft überhaupt am Laufen zu halten; Geld was eigentlich für dringend notwendige Investitionen der großen Transformationsthemen vorgesehen war. Neben den steigenden Energiepreisen gab es für die Unternehmen aber noch eine zweite existenzielle Frage: Wie reagieren die Kunden auf Preiserhöhungen? Wie lassen sich insgesamt die gestiegenen Kosten auf die Kunden überwälzen? Die Gefahr wird jedenfalls immer größer, dass die Kunden ins preiswertere Ausland gehen. Die Sorge um eine Deindustrialisierung des Standortes Deutschland zieht sich mittlerweile immer mehr wie Mehltau über das Land; und so überrascht es auch nicht mehr, dass einzelne Unternehmen – wie zum Beispiel Lanxess nicht mehr in Deutschland investieren wollen. Ernüchternd ist der Faktencheck des Internationalen Währungsfonds (IWF) wonach Deutschland beim Wachstum mittlerweile die rote Laterne unter den großen Industriestaaten einnimmt.

Irgendwie scheint nichts mehr so richtig in diesem Land zu funktionieren. Das Schlimmste aber ist, dass sich unsere Gesellschaft an immer schlechtere Standards gewöhnt hat, ob nun in der Politik, in der Bildung, bei den Verwaltungsverfahren und auch beim Fußball bei der WM in Katar.

Wir erinnern uns leider nur noch zu gut an das Desaster bei der Umsetzung der Gasumlage, bei dem die Politik offensichtlich aufgehört hat, sich für handwerkliche Fehler zu schämen oder daran, dass ein Fünftel der Viertklässler in Deutschland nicht einmal die Mindestanforderungen beim Lesen, in der Rechtschreibung und in der Mathematik erreichen und damit um ihre Zukunft gebracht werden. Und schließlich die Bürokratie – Lüge: Seit Jahren ver-

spricht der Staat, die Unternehmen von unsinnigen Vorschriften zu entlasten. Tatsächlich ist es 2022 aber noch schlimmer geworden, weil unbestimmte Rechtsbegriffe Prozesse nur schwer justizierbar und damit kaum planbar machen und die überbordende Bürokratie die notwendigen Transformationsprozesse behindern oder in unverträglicher Weise verlangsamen.

Und auch im Fußball haben wir uns mittlerweile bei drei großen Fußballturnieren hintereinander auf das Mittelmaß beschränkt.

Die Unternehmen haben auch 2022 nicht nur mit dem Virus weiter leben und umgehen sondern auch die anderen Krisen bewältigen müssen. Es fehlte ihnen dabei jedenfalls nicht an Kreativität, Verantwortungsbewusstsein, Veränderungswillen und weiterhin auch an Pioniergeist.

Und auch in 2023 wird den Unternehmern kaum Zeit zum Luft holen bleiben, denn der Ukraine Krieg und die Energiekrise werden den Unternehmen weiter zu setzen. Und dann sind da noch die Turbulenzen in der Finanz – und Wirtschaftspolitik und die globalen Unsicherheiten. Die Energiepreise sind und bleiben der Unsicherheitsfaktor Nummer eins und die vollen Preiseffekte werden erst noch durchschlagen. Die Stimmung in den Unternehmen hat sich deshalb zuletzt eingetrübt und wird von Sorgen und Pessimismus getragen. So zeichnet sich eine Investitionszurückhaltung, ein zunehmender Druck auf die Eigenkapitalquoten und ein erschwerter Kreditzugang ab.

Wirtschaftsminister Habeck hat Recht, wenn er den industriellen Kern bedroht sieht und deshalb eine aktive Industriepolitik fordert. Da wird es aber zunächst einmal darauf ankommen, ob es überhaupt einen gemeinsamen politischen Willen in der Koalition gibt, Deutschland als Industriestandort auch tatsächlich zu erhalten und Energie als Grundversorgung bereitzustellen. Den Worten müssen natürlich auch entsprechende Taten folgen. Den Unternehmen müssen vor allem die entsprechenden Freiheiten verschafft werden, um sich den Veränderungsprozessen auch erfolgreich anpassen zu können. Auf keinen Fall aber darf die Politik die Unternehmen noch weiter überfordern. Sie muss jetzt kraftvoll und zielgerichtet handeln. Die eigentliche Frage lautet also: Wer und vor allem was konkret hilft in den aktuellen Krisenszenarien den Unternehmen wirklich, wer schafft hier von der politischen Seite die richtigen und im Einzelfall auch umsetzbaren Rahmenbedingungen, die nicht zu noch größeren Belastungen führen und den Unternehmen die Spielräume verschafft, um die enormen Kosten für die anstehenden Transformationsprozesse zu erwirtschaften und zu finanzieren. Die Kernfrage also ist und bleibt: Wie schaffen wir international wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen und dazu gehören natürlich auch und insbesondere nachhaltige wettbewerbsfähige Energiepreise.

Zwar hat die Bundesregierung beim Gesetzesentwurf „Strompreisbremse“ grundsätzlich, basierend auf den Ergebnissen der „Expertenkommission Gas und Wärme“, einen im Ansatz breiten, einfachen und unmittelbar wirksamen Mechanismus vorgelegt, um die explodierenden Energiekosten zu durchbrechen. Leider muss man jedoch feststellen, dass durch die Summe an einzelnen Auflagen – von komplexen EBITDA Kriterien, über Garantien zum Standorterhalt, Höchstgrenzen für die Hilfen in Abhängigkeit von Energieintensität sowie Branchenzugehörigkeit – der Nutzen der geplanten pauschalen Preisbremsen insgesamt deutlich infrage steht.

Der Präsident von Unternehmer NRW Arndt Kirchhoff hat die Bundesregierung und die EU-Kommission deshalb zu Recht aufgefordert, die komplizierten und teilweise nicht praktikablen Bedingungen für die Strom- und Gaspreisbremse, für energieintensive Unternehmen grundlegend zu vereinfachen. In der jetzigen Form jedenfalls drohen die Maßnahmen für den industriellen Mittelstand vielfach faktisch ins Leere zu laufen. Die strikte Kopplung der Hilfen an künftige Betriebsergebnisse macht die Instrumente für viele Betriebe entweder völlig unkalkulierbar oder betriebswirtschaftlich wirkungslos. Die Bundesregierung ist deshalb aufgefordert, sich mit aller Kraft in Brüssel für eine kurzfristige Anpassung des EU – Beihilferahmens einzusetzen. Darüber hinaus muss die Bundesregierung auf die von ihr selbst geplanten Zusatzkriterien verzichten. Der grundsätzlich richtige Ansatz der pauschalen Begrenzung der Energiepreise zum Erhalt von Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätzen droht durch Bürokratie und Kennzahlen – Wirrwarr ausgehebelt zu werden. Auch das vorgesehene Verfahren zur Erklärung der Standort – und Beschäftigungssicherung muss deutlich einfacher gestaltet werden. Die industriellen Wertschöpfungsketten des Landes sind massiv gefährdet, wenn der Kriterien – Katalog nicht deutlich entschlackt wird. Die Politik darf jetzt keine Zeit mehr verlieren und muss schnell handeln. Die exorbitant gestiegenen Energiepreise sind insbesondere für Betriebe der energieintensiven Grundstoffindustrien und der darauf aufbauenden Wertschöpfungsstufen hochgradig existenzgefährdend. So muss man sich aktuell große Sorgen um die Hüttenwerke Krupp Mannesmann (HKM) in Duisburg machen, deren Existenz bedroht ist. Ein Aus der HKM wäre ein fatales Signal und hätte dramatische Auswirkungen auf den gesamten Industriestandort. Die Sorgen dieser besonders unter hartem internationalen Konkurrenzdruck stehenden Unternehmen sind also mit Händen zu greifen. Mehr denn je benötigen die Unternehmen deshalb eine sichere Kalkulationsgrundlage darüber, wann und in welcher Höhe sie mit Hilfen rechnen können. Ohne durchgreifende und praktikable Hilfen können viele eigentlich gesunde Betriebe nicht mehr am Markt bestehen. Dann aber drohen Wertschöpfung und Arbeitsplätze unwiederbringlich verloren zu gehen. Kurzfristig benötigen wir, wie gemeinsam mit der Wirtschaftsförderung Leverkusen, der IHK, der Kreishandwerkerschaft und den Wirtschafts-Senioren gefordert, eine unverzügliche weitere Ausweitung der inländischen Energieerzeugung. Jedes verfügbare Kilowatt muss ans Netz: Jede Energiequelle unter Einschluss von Kohle und Kernkraftwerken sowie Biogasanlagen muss genutzt werden, um einerseits Versorgungssicherheit herzustellen und durch ein größeres Angebot den Preiswettbewerb zu forcieren. Dafür braucht es auch einen realistischen Plan, der aufzeigt, wie der Ausstieg aus der Kohle bis 2030, der Aufbau von Ersatzkapazitäten, der Ausbau der regenerativen Energien und der Einstieg in eine Wasserstoffwirtschaft synchronisiert wird, damit es nicht zu einer instabilen oder lückenhaften Versorgung kommt. Darüber hinaus müssen bürokratische Hürden abgebaut werden, um Alternativen zur derzeitigen Energieversorgung kurzfristig auch umsetzen zu können. Und langfristig brauchen wir nun endlich einen Masterplan für ein international wettbewerbsfähiges Energiemarkt – Design mit einem zügigen Ausbau und einer weitestgehende Nutzung aller Potenziale der erneuerbaren Energien.

Darüber hinaus ist ganz dringend auch eine steuerpolitische Zeitenwende notwendig. Ein Einnahmeproblem des Staates ist jedenfalls trotz der Krise nicht zu erkennen, ganz im Gegenteil: Die Einnahmen sprudeln nach wie vor weiter und der Staat ist einer der großen Inflationsgewinner. Dem Staat mangelt es also nicht an Geld, der Politik aber ganz offensichtlich am Willen das Geld richtig zu verwenden. Statt über Steuererhöhungen zu philosophieren ist es an der Zeit, das Steuer – und Abgabensystem zu modernisieren und zu fragen, worauf der Staat verzichten kann. Die Liste der Einsparmöglichkeiten ist lang. Beginnen wir mit dem Ausbau des Kanzleramtes in Berlin für fast 800 Millionen Euro.

Die jüngst vom BDI vorgeschlagenen Instrumente, nämlich eine Prämie für Investitionen, eine großzügigere Forschungsförderung und eine steuerfreie Rücklage zur Absicherung gegen Krisen wären erste wichtige Hebel einer steuerpolitischen Zeitenwende um Arbeitsplätze und Investitionen zu sichern.

Die duale Ausbildung ist und bleibt der Schlüssel zur Fachkräftesicherung und damit ein Grundpfeiler für die Stärke der heimischen Wirtschaft. Wir müssen deshalb die duale betriebliche Berufsausbildung weiter ausbauen. Natürlich wirkt sich die steigende Digitalisierung auch auf die Ausbildungsberufe aus. Digitale Kompetenzen, wie beispielsweise Prozesswissen, Analysefähigkeiten und die Fähigkeit, Daten richtig interpretieren zu können, gewinnen deshalb zunehmend an Bedeutung und müssen dementsprechend auch im Zuge der betrieblichen Ausbildung stärker vermittelt werden. Wir werden die vorbezeichneten Änderungsbedarfe kommunizieren und uns dafür einsetzen, dass sie in den Ausbildungsordnungen auch technologieoffen formuliert werden mit definierten Mindeststandards, damit Raum bleibt für die Anpassung an unterschiedliche betriebliche Erfordernisse und an die technische Entwicklung. Zudem gibt es eine Reihe von wählbaren Zusatzqualifikationen, um den im Digitalisierungsprozess unterschiedlich aufgestellten Betrieben die Möglichkeiten zu geben, gezielt Kompetenzen für den digitalen Wandel aufzubauen. Auch hier werden wir den Unternehmen mit unseren vorhandenen Infrastrukturen im Wuppermann Bildungswerk unterstützend zur Seite stehen und die Erweiterung eines flächendeckenden Netzwerkes für die berufliche Bildung forcieren.

Von einem weiteren „Verwaltungsmonster“ bei der Arbeitszeiterfassung sei der Gesetzgeber im Übrigen schon jetzt gewarnt. Keinesfalls darf ein Urteil des Bundesarbeitsgerichts falsch interpretiert und den Betrieben mehr Aufzeichnungspflichten auferlegt werden.

Und eine allarmierende Zahl des Instituts der Deutschen Wirtschaft zu guter Letzt: Wegen des demografischen Wandels fehlt den Unternehmen bis zum Ende des Jahrzehnts ein Arbeitsvolumen von sage und schreibe 4,2 Milliarden Arbeitsstunden. Bei dieser Faktenlage wird eine Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit von mindestens 2 Stunden pro Woche alternativlos sein, wenn wir die sinkenden Arbeitskräftepotentiale nicht weiter dramatisch verschärfen und uns nicht weiter allein auf eine qualifizierte Zuwanderung von potenziellen Erwerbspersonen verlassen wollen.

Nach alledem wird auch das kommende Jahr wieder unsere volle Aufmerksamkeit und Engagement verlangen. Die mit gutem Grund ausgerufene Zeitenwende darf jedenfalls nicht weiter an Grenzen des Willens, des Vermögens, der Kompetenzen, der Kraft und an ideologische Blockaden stoßen.

Wir danken allen, die das vergangene Jahr mit uns gemeinsam gestaltet haben und wünschen Ihnen und Ihren Familien ein besinnliches Weihnachtsfest sowie ein gesundes, glückliches und hoffentlich erfolgreiches Jahr 2023.

Mit diesem Wunsch verbinden wir den Dank an all diejenigen Damen und Herren, die uns in den Verbandsgremien und Arbeitskreisen, in den Ehrenämtern der sozialen Selbstverwaltung sowie der Gerichtsbarkeit in Erfüllung unserer Aufgaben geholfen haben.

Ein neues Jahr bietet neue Möglichkeiten. Wir freuen uns darauf, diese mit Ihnen gemeinsam zu entdecken und zu gestalten. Bei allen Herausforderungen bleibt aber auch eine starke positive Botschaft, denn es hat sich im Krisenmanagement der letzten Jahre deutlich gezeigt: Alles geht leichter, wenn man es gemeinsam anpackt.

Mit freundlichen Grüßen

Arbeitgeberverband der Metall- und  
Elektroindustrie Rhein-Wupper e.V.  
Unternehmerschaft Rhein-Wupper e.V.

A handwritten signature in blue ink, consisting of a stylized initial 'A.' followed by the name 'Tressin'.

A. Tressin  
Geschäftsführung